

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 6

Artikel: Marktwirtschaft und Planwirtschaft in Westafrika
Autor: Kappeler, Franz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162313>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

MARKTWIRTSCHAFT UND PLANWIRTSCHAFT IN WESTAFRIKA

Ein Besuch im heutigen Westafrika ist in mannigfacher Hinsicht faszinierend. Dieses ist trotz seinen grossen Distanzen, der jetzigen Aufsplitterung in eine grosse Zahl unabhängiger Staaten, den vielen Kontrasten und Gegensätzen, wozu die verschiedenen fremden Einflüsse, vor allem der Franzosen und Angelsachsen kommen, dennoch in gewissem Sinn eine Einheit. Man stösst immer wieder auf die gleichen oder auf ähnliche wirtschaftliche, soziale und politische Probleme.

Ziele und Hemmnisse der Entwicklung

Übereinstimmend trachten alle diese Länder danach, die politische Unabhängigkeit auch wirtschaftlich zu untermauern, sich von der einseitigen Ausrichtung auf die Wirtschaft der ehemaligen Kolonialmächte zu lösen, von der Abhängigkeit von einer Monokultur (zum Beispiel Erdnüsse, Kaffee, Kakao) mit den bedenklichen Folgen ihrer Preisschwankungen auf dem Weltmarkt loszukommen. Sie versuchen darum, mit ausländischer Hilfe eine den Bedürfnissen der einheimischen Bevölkerung besser entsprechende Wirtschaft aufzubauen durch Entwicklung der Infrastruktur, Verbesserung der Verkehrswege, Modernisierung und Diversifizierung der Landwirtschaft zwecks Erhöhung des landwirtschaftlichen Ertrages, Ausbeutung der Bodenschätze und Entwicklung von Industrie und Handwerk.

Diesen Bestrebungen stehen gewaltige *Hindernisse* im Wege: die schon vor der Kolonialzeit vorhandene und zum Teil auch heute noch fortbestehende Tauschhandelwirtschaft («*économie de traite*») mit der monopolartigen Stellung der grossen ausländischen Handelsgesellschaften, die bis anhin sowohl den Aufkauf und Export der Landesprodukte nach den überseeischen Märkten als auch die Einfuhr der von der einheimischen Bevölkerung benötigten Gebrauchsgegenstände beherrsch-

ten; die Rückständigkeit und Armut der Bevölkerung, die überwiegend (80–90%) von der Landwirtschaft lebt; der Mangel an Kadern, Kapital und staatlichen Einkünften; die grossen Distanzen und Transportkosten und der damit zusammenhängende Interessengegensatz zwischen den Küstengebieten und den im Innern fernab vom Meer gelegenen Staaten und Landesteilen.

Diese Situation wurde noch verschärft durch die sogenannte «Balkanisierung» oder Aufspaltung Westafrikas in zahlreiche unabhängige Staaten, die teilweise infolge ihrer Kleinheit wirtschaftlich nicht lebensfähig sind. Dadurch werden, jedenfalls solange die Bemühungen, eine grössere westafrikanische Wirtschaftseinheit zu gründen, nicht zum Ziel führen, die Verwirklichung gemeinsamer Lösungen und der Ausgleich der Interessengegensätze erschwert. Umgekehrt werden persönliche und regionale Rivalitäten noch begünstigt, die Last der Verwaltungskosten vervielfacht und damit die ohnehin grosse Abhängigkeit von ausländischer Entwicklungshilfe noch erhöht, ebenso die Gefahr von Pressionen und Einmischungsversuchen.

Drei Methoden der Entwicklungspolitik

All dies beeinflusst natürlich die Gestaltung und das Funktionieren der Wirtschaftsordnung. Es gibt dafür verschiedene Ordnungssysteme: 1. die auf dem Konkurrenzprinzip beruhende, grundsätzlich freie Marktwirtschaft mit Privateigentum; 2. die sozialistische, zentral gelenkte Planwirtschaft; 3. gemischte Formen, wie das namentlich in Frankreich aber auch anderswo entwickelte System der Rahmenplanung und Programmierung mit teils verstaatlichten, teils der Privatinitiative überlassenen Unternehmungen. Auf Westafrika übten einerseits die sozialistische Ideologie und andererseits die französische «Planifica-

tion» eine starke Anziehungskraft aus; denn es geht darum, mit unzureichenden verfügbaren Mitteln doch eine relativ funktionsfähige Wirtschaft zielstrebig und möglichst rasch aufzubauen. Die Methoden der Marktwirtschaft allein genügen dafür nicht. Wirtschaftliche Entwicklung ist ohne Planung nicht denkbar. Daher ist Planwirtschaft notwendig, ja sogar Bedingung für die Entwicklung, wenigstens bis ein gewisses Niveau erreicht wird. Andererseits können mit Hilfe der Planwirtschaft wohl gewisse Anfangserfolge in der Ankurbelung der Produktion, der Bekämpfung des Ungleichgewichts im Innern und der Abhängigkeit nach aussen erzielt werden, doch vermag sie allein, ohne die Mitwirkung der Privatinitiative kompetenter Unternehmer, ohne privates Kapital und ohne massive technische und finanzielle Hilfe des Auslandes nicht weit zu kommen.

Ein Überblick

Wie die einzelnen Länder je nach den dortigen besondern Verhältnissen und politischen Bedingungen in verschiedener Weise versuchen, ihre Probleme zu lösen, mögen einige Beispiele verdeutlichen.

Mauretanien besitzt günstige Entwicklungsmöglichkeiten dank der Entdeckung bedeutender Bodenschätze, besonders Eisen und Kupfer, deren Ausbeutung internationalen, mit Steuerprivilegien ausgestatteten Gesellschaften anvertraut wurde. Ein erster Entwicklungsplan (1963–1967) vor allem für die Infrastruktur war namentlich im Transportsektor mit 130% und im Bergbau mit 200% erfolgreich, wurde dagegen in der Landwirtschaft nur zu 75% erfüllt. Der Anteil der Auslandshilfe betrug 87% der privaten und 75% der öffentlichen Investitionen.

Senegal hat mit der Unabhängigkeit anstelle des bis dahin freien Tauschhandels grosser ausländischer Handelshäuser ein staatliches Amt für den Handel mit Agrarerzeugnissen geschaffen (OCA), das sich der Vermittlung von etwa 1000 bäuerlichen Genossenschaften und, wo solche fehlen, von etwa 100 Einlagerungsstellen

bedient. Das OCA besitzt ferner ein Monopol für die Einfuhr und Verteilung von Basisprodukten wie Reis, Fette und landwirtschaftliche Geräte, doch ist Frankreich der weitaus wichtigste Abnehmer und Lieferant geblieben. Dagegen verloren die im Lande ansässigen europäischen und arabischen Zwischenhändler ihre bisherigen Geschäftsmöglichkeiten mit Ausnahme der frei gebliebenen kommerziellen Tätigkeit in den grösseren Städten, namentlich Dakar. Auf privatwirtschaftlicher Basis entwickelt sich seit etwa zehn Jahren mit Dakar als Basis eine bedeutende Hochseefischerei mit modernen Motorschiffen. Der Staat bemüht sich durch Gewährung staatlicher Beteiligungen, Steuererleichterung, Prioritätsrechte die Investitionstätigkeit privater Firmen anzuregen.

In der Republik *Guinea* werden industrielle Investitionen grundsätzlich dem Staat vorbehalten, doch zeigte sich dieser bereit, im Bergbau teilweise mit ausländischen Privatfirmen zusammenzuarbeiten. Es besteht ein Handelsverbot für Ausländer. Zwei Staatsmonopole für den Aussen- und Binnenhandel wurden später in zwei staatliche Gesellschaften ohne Monopol umgewandelt, doch beherrscht der Staat weiter den Aussenhandel, und sein Einfluss überwiegt in wichtigen Bereichen des Binnenhandels. Die Ausbeutung der vorhandenen reichen Bodenschätze wie Eisen, Bauxit, Gold und Diamanten wurde grösstenteils nationalisiert. Die Landwirtschaft, von der 90% der Bevölkerung leben, weist eine rückläufige Produktion auf. Zahlreiche europäische Plantagen wurden nach der Unabhängigkeit aufgegeben. Wegen seiner politischen und wirtschaftlichen Struktur hat das Land trotz den grossen Entwicklungsmöglichkeiten mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Mali ist das territorial grösste Land Westafrikas. Hier hat sich die sozialistische Planwirtschaft als Fehlschlag erwiesen. Die Wirtschaft verkümmerte, die Schulden häuften sich, ohne dass die Industrialisierungsprojekte die erhofften Resultate zeitigten. Innere Desintegration führte zum Sturz Präsident Modibo Keitas.

Umgekehrt hat die *Elfenbeinküste*, die allerdings das reichste Land Westafrikas ist, mit den grössten Entwicklungschancen, ausgezeichnete Ergebnisse mit einer liberalen Wirtschaftspolitik erzielt. Zu den Erfolgen der Landwirtschaft, deren Grundlagen schon in der Kolonialzeit gelegt wurden, ist in den letzten 15 Jahren eine spektakuläre Entwicklung einer vom Staat fast ganz dem Privatsektor überlassenen, allerdings weitgehend in den Händen von Ausländern liegenden verarbeitenden Industrie gekommen. Die Regierung hat es verstanden, ohne Preisgabe ihrer Unabhängigkeit und Würde das Vertrauen der Mächte zu erringen und sich das nötige Kapital für die Entwicklung des Landes zu verschaffen. Sie bemüht sich, den privatwirtschaftlichen Aufschwung durch eigene Massnahmen mit Hilfe von Planungskommissionen zu unterstützen und zu ergänzen.

Liberia dagegen ist, obwohl es seit über 100 Jahren die Unabhängigkeit besitzt und trotz seiner Politik der offenen Tür, das am wenigsten entwickelte Land Westafrikas. Es scheint weiter unter der dort immer noch bestehenden Tauschhandelswirtschaft zu leiden, und die Regierung hat bisher für eine wirtschaftliche Planung wenig unternommen, sondern alles der Privatinitiative überlassen.

Nigeria befolgt ein gemischtes System staatlicher Hilfe bei der Infrastruktur, staatlicher Beteiligung an Industrieunternehmen einerseits und der Förderung privater Investitionen andererseits.

Ghana leidet immer noch unter den Folgen der unrealistischen Wirtschaftspolitik Nkrumahs, die das Land nach Aufzehrung der in der Kolonialzeit angesammelten Reserven in eine schwere Verschuldung stürzte. Die Sanierung ist noch im

Gange, und der erhoffte Übergang von der Stabilisierung zu neuer Entwicklung konnte noch nicht erfolgen.

Andere Länder wie *Gambia*, *Dahomey*, *Togo*, *Obervolta* und *Niger* haben ebenfalls vor allem mit strukturellen Schwierigkeiten zu kämpfen, aus denen ein Ausweg aus eigener Kraft schwer erkennbar ist.

Wenig beachtete Fortschrittsfaktoren

Westafrika hat also sichtlich Mühe, die wirtschaftlichen Auswirkungen der an sich als zeitgemäss zu begrüssenden, aber überstürzt erfolgten Erlangung der Unabhängigkeit zu meistern. Bei allem Verständnis für den Wunsch der neuen Staaten, auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu verwirklichen, kann man weder die Schwierigkeiten übersehen, die sich diesen Bemühungen entgegenstellen, noch dürfen die positiven Seiten der fortdauernden Beziehungen mit der ehemaligen Kolonialmacht unterschätzt werden, noch die Rolle der vielen europäischen und arabischen, besonders libanesischen Einwanderer, denen Westafrika sozusagen eine zweite Heimat geworden ist. Für seine wirtschaftliche, soziale und geistige Entwicklung sind Wissen, Können, Verständnis und Interesse dieser Menschen von unschätzbarem Wert. Diese positiven Beiträge sollten darum, sei es in einem marktwirtschaftlichen, sei es in einem planwirtschaftlichen Rahmen, als äusserst wertvolle, aufbauende Mitarbeit erhalten werden. Ohne sie wird es auch schwer sein, den Nachwuchs aus dem eigenen Volk heranzubilden, dem in Zukunft die Geschicke Westafrikas einmal anvertraut werden sollen.

Franz Kappeler

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Nachlese zum 1. August: Problematische Modernisierung

Wer zum Ausdruck bringen möchte, dass er wirklich sachlich über Tatsachen zu sprechen gedenke, der greift oft zur Rede-

wendung, er sei kein «Augustredner». Dieser rhetorische «Dreh» ist lange recht gut angekommen; doch in neuester Zeit